

Agdam – die Geisterstadt

Ein menschenleeres Ruinenfeld ist die einstige 50 000-Einwohner-Stadt Agdam seit Jahren – eine Hinterlassenschaft des armenisch-aserbaidshanischen Krieges um Berg-Karabach. **Seite 3**



Ekkehard Schall

Sein Ui machte ihn weltberühmt. Am kommenden Sonnabend wäre er 80 geworden, Fotografin Vera Tenschert widmet ihm einen Bildband – Erinnerung an einen großen BE-Schauspieler. **Seite 15**



Literatur im ND

Ein Grenzkontrollpunkt im Westjordanland. Der israelische Architekt Eyal Weizman kritisiert die Architektur der Besatzung und Avi Primor hofft auf einen baldigen Frieden. **Seiten 16 und 17**

Standpunkt

Mit besonderen Absichten

Von Christian Klemm

Deutschlands oberster Verfassungsschützer hat gesprochen. Wieder einmal wird suggeriert, Aktivisten der linksradikalen Szene und bekennende Marxisten aus der Linkspartei wären für das Anzünden von Luxusautos in Berlin und Anschläge auf Fahrzeuge der Deutschen Post verantwortlich. Da wird von einer Renaissance »linksextremistischer« Gewalt geredet, die vermutlich nur den Anfang einer neuen Terrorwelle darstelle, und über Anschläge auf Repräsentanten der Bundesrepublik spekuliert. Hinter diesen Verdächtigungen steht eine erkennbare Absicht: Der Widerstand gegen die kapitalistische Herrschaftsordnung soll delegitimiert und die gesamte deutsche Linke unter Generalverdacht gestellt werden.

Dass sich Heinz Fromm gerade jetzt in den Schützengraben des Kalten Krieges verschanzt hat, kann kein Zufall sein. Die LINKE hat bei der Bundestagswahl ein Rekordergebnis eingefahren und zieht flächendeckend in die westlichen Landesparlamente ein. Was ist da einfacher, als diese Partei als extremistisch und verfassungsgewaltig zu brandmarken, damit die Wähler ihr Kreuz demnächst möglichst woanders machen?

Gleichzeitig lässt der Verfassungsschutz die Rechtsradikalen mit ihren menschenverachtenden Zielen gewähren. Mehr noch: Er selbst sitzt mit seinen V-Leuten tief drin im Nazi-Sumpf. Es wird Zeit, dass die Politik über ein Ende dieses Spitzeldienstes nachdenkt.

Unten links

Auch wenn die hessische LINKE gestern ein paar Gläser Rotköppchen auf den Ausstieg von Roland Koch geleert hat – er bleibt uns natürlich erhalten. Die Wunderwaffe der Hessen-CDU wird sich anderswo nützlich machen; vielleicht schneller, als man denkt. Seit der rechte Außenverteidiger Christian Träsch im Fußballlazarett liegt, braucht beispielsweise Bundestrainer Löw eine neue Blutgrätsche. Denkbar wäre ebenso ein Blitzinsatz beim Song Contest. Mit dem pubertären Teenie-Gezappel von Lena Meyer-Landrut dürfte nicht viel zu holen sein; dagegen steht Koch in der erfolgsträchtigen Tradition der finnischen Schockrockler Lordi, die vor vier Jahren den Grand Prix abräumten. Könnte außerdem sein, dass der arme Horst Köhler, der gern so etwas Ähnliches wie Profil hätte, demnächst jemanden braucht, der ihm eine zackige Rückrede schreibt. Womöglich aber übernimmt Koch bald das ZDF, denn das ist auch so ein Laden, der dringend auf Linie gebracht werden muss. **wh**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Erste USA-Raketen in Polens Osten

»Patriots« sollen Bündnis Warschau-Washington stärken / Moskau sieht Sicherheit gefährdet

Von Julian Bartosz, Wrocław

Nahe Morag, einer knapp 15 000 Einwohner zählenden Stadt im Nordosten Polens, nur 60 Kilometer von der Grenze zum russischen Gebiet Kaliningrad entfernt, trafen am Mittwoch offiziell etwa 120 US-Soldaten ein, die eine Batterie von Luftabwehraketen des Typs »Patriot« bedienen.

Zum Zeremoniell waren Polens amtierendes Staatsoberhaupt, Sejmmarschall Bronislaw Komorowski, und die Chefs von Verteidigungs- und Außenministerium – Bogdan Klich und Radoslaw Sikorski – erschienen. Anwesend waren der USA-Botschafter in Polen, Lee Feinstein, und der Direktor für logistische Operationen der US-Army, General Mark Bellini.

Nach fälligen Ansprachen wurde die Raketenbatterie auf dem Kasernenplatz der 16. Motorisierten Brigade des Wojsko Polskie präsentiert. Die Raketen samt Bedienung und Zubehör waren bereits Tage zuvor auf 37 Waggons eines 400 Meter langen Zuges aus Kaiserslautern in Deutschland hertransportiert worden. Es handle sich nur um Übungsraketen, versicherte Captain Kevin Ciocca laut »Rzeczpospolita« am Sonntag, als das Militärgerät entladen wurde, einem polnischen Zuschauer des Geschehens. Daran sollen die polnischen Soldaten geschult werden. Im übrigen werde die Batterie in einem Rotationsverfahren nur jeweils 30 Tage im Quartal in Morag bleiben. Scharfe Geschosse werden nach Aussage des Sprechers der US-Basis, Oberst Janusz Szczygiel, erst in einigen Jahren ständig in Morag stationiert. Spätestens 2012 sollen die Raketen jedoch fester Bestandteil der Luftabwehr des NATO-Mitglieds Polen sein.

Die USA-Botschaft ließ am Mittwoch verlauten, in einer Vereinbarung vom Januar dieses Jahres sei der rechtliche Status der US-Soldaten in Polen zur beiderseitigen Zufriedenheit geklärt worden. Warschauer Außenminister Radoslaw



US-amerikanische »Patriot«-Einheit im polnischen Morag (60 km vor der russischen Exklave Kaliningrad) Foto: dpa

Sikorski sagte am Mittwochmorgen im Radio TOK FM, Polen sei »einigermaßen« zufrieden. Nach dem Präsident Barack Obama im September vergangenen Jahres das seiner Meinung nach »unreife« Projekt des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Osteuropa auf Eis gelegt hatte, müsse man sich eben mit der »Patriot«-Batterie begnügen. Ursprünglich hatten die USA Warschau die »Patriots« als Gegenleistung für die Zustimmung Polens zum »Raketenschutzschirm« versprochen.

Dass sie nun stationiert werden, sei ein bescheidener Erfolg, erklärte Sikorski und fügte hinzu:

»Selbstverständlich ist für uns die politische Dimension der Anwesenheit von US-Soldaten auf polnisches Gebiet von allergrößter Wichtigkeit.« In der ultrarechten Tageszeitung »Nasz Dziennik« kommentierte der ehemalige Vizeverteidigungsminister Romuald Szeremietiew, die »Patriots« seien nur »zum Abwischen der Tränen«.

In Russland wurde die Stationierung der »Patriots« kritisiert. »Solche militärischen Schritte nur rund 60 Kilometer von der russischen Grenze entfernt gefährden die Sicherheit in der Region«, erklärte ein Sprecher des Moskauer Außenministeriums am Mittwoch laut ITAR-TASS. »Die Stationierung

trägt nicht dazu bei, eine vertrauensvolle Beziehung aufzubauen.« Mehrfach hätten russische Vertreter geäußert, dass sie die Logik und die Richtung der Zusammenarbeit zwischen den USA und Polen nicht verstehen. »Wir bedauern, dass die polnische und die US-amerikanische Seite unsere Fragen bezüglich der Gründe dieser Stationierung nicht beantworten«, sagte der Sprecher.

Polskie Radio zitierte die Moskauer Zeitung »Wremja Nowostej«, die geschrieben hatte, es sei »zweifelhaft, ob die US-amerikanischen Raketen die von den Überschwemmungen heimgesuchten Polen zu trösten vermögen«.

Generalverdacht gegen die deutsche Linke

Verfassungsschutz konstatiert Zunahme von Gewalt / Linkspartei weiter unter Beobachtung

Von Christian Klemm

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz erkennt einen Anstieg sogenannter linksextremer Straftaten und will die Beobachtung der linksradikalen Szene verstärken. Auch auf die LINKE haben es die Schlapphüte weiterhin abgesehen.

Der Verfassungsschutz nimmt die bundesdeutsche Linke verstärkt ins Visier. Die Behörde habe den Auftrag, »jegliche Form des politischen Extremismus« zu beobachten, so Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm in der gestrigen Ausgabe der »Frankfurter Rundschau«. Dazu zählt neben der linksradikalen Szene auch die Linkspartei, die »in Einzelfällen persönliche Verbindungen zu gewaltbereiten Linksextremisten« unterhalte. Fromm, seit rund zehn Jahren Präsident des deutschen Inlandsgeheimdienstes, spricht von der »Renaissance« eines gewaltbe-reiten Linksextremismus und konstatiert eine »zunehmende Ge-

waltorientierung«. Besonders auffällig sei die »gestiegene Zahl« von Brandanschlägen auf Autos und Sachbeschädigungen an Immobilien in Berlin und Hamburg.

Tim Laumeyer von der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) bestätigte gegenüber ND eine Zunahme militanter Aktionen. Es gebe eine neue Generation junger Militanter, die momentan sehr aktiv sei, so der Berliner Antifaschist. »Ihr politisches Engagement hängt mit der Vertreibung von Geringverdienern aus bestimmten Stadtbezirken und den von der Bundesregierung beschlossenen Rettungspaketen für deutsche Finanzinstitute zusammen«, so Laumeyer.

Offenbar sieht der oberste Verfassungsschützer eine neue Terrorwelle auf Deutschland zukommen – und malt darum das Gespenst der Roten Armee Fraktion (RAF) an die Wand. Besondere Aufmerksamkeit erfordere die Diskussion in der Szene, ob »gezielte Anschläge auf Repräsentan-

ten von Staat und Wirtschaft legitim und zweckmäßig« seien, so Fromm. »Die Grenze zum Terrorismus im Sinne des Strafgesetzbuches ist dann überschritten, wenn sich verdeckt agierende Strukturen zu Angriffen gegen Vertreter von Staat und Gesellschaft entschließen würden.« In den siebziger und achtziger Jahren ermordeten RAF-Aktivistinnen Personen aus dem Machtapparat der alten Bundesrepublik, darunter der Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer und der Generalbundesanwalt Siegfried Buback.

Die von Fromm benannte Diskussion über mögliche Anschläge auf Repräsentanten des Staates ist Laumeyer nicht bekannt.

Die Beobachtung der LINKEN begründet der Verfassungsschutzpräsident mit »in der Partei integrierten offen extremistischen Zusammenschlüssen«. Vermutlich spielt er damit auf die kommunistische Plattform und das Marxistische Forum an. »Wenn beispielsweise Mitglieder des Marxistischen

Forums im Verfassungsschutzbericht als extremistisch bezeichnet werden, diffamiert der Geheimdienst eine politische Theorie, die früher auch ein Gründungskonsens der SPD und auch der Grünen war«, sagt Uwe Hixsch, Sprecher des Forums, auf ND-Anfrage.

Auch die Vorsitzende der Linkspartei, Gesine Lötzsch, weist den Vorwurf des Extremismus zurück. »Nicht nur der Programmtext unserer Partei, sondern auch die praktische Politik der Partei DIE LINKE setzt auf eine Veränderung der Gesellschaft mit demokratischen Mitteln«, so die Politikerin. Die Überwachung sei vielmehr parteipolitisch motiviert. »Herr Fromm macht sich als Beamter zum Handlanger der CDU«, meint die Vorsitzende.

Trotz der Kampfansage an die Linke hat für Heinz Fromm »nach wie vor die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus« Priorität. Von ihm gehe unverändert die größte Gefahr für Deutschland aus.

Amnesty verurteilt Folterpraxis

Menschenrechtsreport zur Lage in 159 Staaten

Berlin (ND). Amnesty International hat im Vorjahr in 159 Staaten Menschenrechtsverletzungen registriert. Scharfe Kritik übte Monika Lücke, Generalsekretärin der deutschen Sektion, am Mittwoch in Berlin bei der Vorstellung des Jahresberichts u.a. an Sri Lanka, China, Russland, der DR Kongo, Israel und Palästina. Aber auch Länder wie die USA, Iran oder Afghanistan stellten sich taub gegenüber der Forderung nach Aufklärung und Verfolgung von Straftaten. Der Report 2010 dokumentiert Folter und Misshandlung in mindestens 111 Ländern sowie unfaire Verfahren in wenigstens 55 Ländern.

Düster sei die Situation in Afghanistan, wo immer wieder Zivilisten Opfer werden. Der Bericht warnt davor, für ein Kriegsende zu viele Zugeständnisse an die Taliban zu machen. Auch in Iran habe sich die Lage deutlich verschlechtert. In Schauprozessen seien mindestens 16 Personen zum Tode verurteilt worden. Ein ernüchterndes Fazit zieht Amnesty mit Blick auf die Politik von USA-Präsident Obama. So habe er sein Versprechen nicht gehalten, das Lager Guantanamo zu schließen. Doch Gäben Urteile wie das gegen Perus Ex-Präsident Fujimori oder frühere Militärs in Argentinien auch Hoffnung, sagte Lücke. Der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Sudans Präsidenten Baschir sei wegweisend. **Tagesthema Seite 2**

Kurz

Bundeswehr in Gefechte verwickelt

Potsdam (AFP). Im Norden Afghanistans gab es am Dienstag mehrstündige Gefechte zwischen Bundeswehrsoldaten und Aufständischen. Wie das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam mitteilte, wurden deutsche Soldaten rund fünf Kilometer westlich des Regionalen Wiederaufbauteams in Kundus von Aufständischen beschossen. Sie erwiderten das Feuer.

Alarmstufe 4 an Oder

Beeskow (dpa). An der Oder in Brandenburg gilt seit Mittwoch 18 Uhr die höchste Hochwasseralarmstufe 4. Es besteht die Gefahr der Überflutungen von Dämmen und Deichen. **Seite 14**

Bombenanschlag

Moskau (dpa). Bei einem schweren Bombenanschlag kurz vor einem Konzert sind in der südrussischen Stadt Stawropol mindestens vier Menschen getötet und mehr als 20 verletzt worden.

Kriminelle aktiver

Berlin (dpa). Kriminelle haben 2009 erneut mehr Geldautomaten manipuliert, um an EC-Kartendaten zu kommen und damit Konten zu plündern. 964 Automaten wurden dazu mit Minikameras oder anderen Hilfsmitteln versehen.